

**Beschluss:** G 1

**Betrifft:** **Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht:  
Gegen Patriarchat und Unterdrückung**

## 1 I. Einleitung

2 Der Kampf gegen kapitalistische und patriarchale Herrschaftsmuster und -mechanismen  
3 besteht nach wie vor. Denn immer noch sind besonders Frauen von Diskriminierung,  
4 Unterdrückung, sexualisierter Gewalt und Ausbeutung betroffen.

5 Sexismus und die damit verbundene Diskriminierung und Unterdrückung beginnt dort, wo  
6 Frauen auf Grund ihres Geschlechts Männern gegenüber nicht gleichberechtigt behandelt  
7 werden. Er beruht auf dem Vorurteil, dass Frauen aufgrund ihrer biologischen  
8 Geschlechtszugehörigkeit dem Mann körperlich und intellektuell unterlegen seien. Dieses  
9 Denken ist vielleicht in vielen Köpfen nicht mehr bewusst vorhanden oder weniger präsent. Es  
10 ist jedoch immer noch in vielen gesellschaftlichen Strukturen vorhanden und wird umgekehrt  
11 auch von gesellschaftlichen Strukturen und von den Menschen, die in ihnen handeln, erzeugt.

12 Natürlich hat es in den letzten Jahrzehnten einen formellen Abbau von Hürden aufgrund von  
13 Geschlechtszugehörigkeit gegeben. Frauen können nun Informatik studieren oder eine  
14 Ausbildung als Werkzeugmacherin machen. Formell stehen ihnen alle Türen in so genannte  
15 Männerberufe offen. Trotzdem gibt es nach wie vor eine feste Vorstellung davon, was  
16 Männerberufe und was Frauenberufe sind. Frauen sind dadurch in bestimmten Bereichen  
17 entweder unterrepräsentiert oder müssen sich für ihre Wahl - sofern sie eine haben - noch  
18 lange rechtfertigen.

19 Nach der jüngsten UN-Studie besteht mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus Frauen. Sie  
20 stellen ein Drittel der erwerbstätig Beschäftigten, leisten aber zwei Drittel der tatsächlich  
21 geleisteten Arbeitsstunden. Trotzdem verdienen sie nur ein Zehntel des Welteinkommens und  
22 besitzen nicht einmal ein Prozent der Reichtümer dieser Erde. Die Benachteiligung von Frauen  
23 auf dem Arbeitsmarkt ist noch lange nicht überwunden. Das liegt auch daran, dass die  
24 ungleiche (Ent-)Wertung von Arbeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem angelegt ist.  
25 Schlechter bezahlte Jobs, geringere Aufstiegschancen, häusliche Reproduktionsarbeit, die nicht  
26 vergütet wird, bestehen immer noch so lange wir im Kapitalismus leben.

27 Diese Denkmuster werden durch rechtliche, wirtschaftliche und soziale Regelungen und  
28 Normen gestützt und reproduziert. Es bestehen weiterhin die gesellschaftlichen stereotypen

29 Bilder von Erziehung. Institutionen fördern sie zumeist und bilden sie heraus. Die  
30 geschlechtsspezifische Sozialisation setzt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen fort.  
31 Und wer nicht besser weiß, was Gleichberechtigung und Emanzipation bedeuten, lässt sich  
32 leicht durch bestehende Strukturen beeinflussen.

## 33 **II. Bildung**

34 In Schule und Ausbildung finden in Interaktion Zuschreibungen zu Männlichkeit oder  
35 Weiblichkeit statt. Schule und Ausbildung sind in vielfältiger Weise verstrickt in die Konstruktion  
36 von Geschlechteridentitäten. Die Inhalte, die unterrichtet werden, aber auch, wie unterrichtet  
37 und bewertet wird, spielen dabei eine wichtige Rolle. Damit wird die Strukturkategorie  
38 Geschlecht fast vollständig ausgeblendet. Das Bewertungshandeln von LehrerInnen  
39 benachteiligt Mädchen in Fächern die ihnen auf dem Arbeitsmarkt eine bessere Position  
40 ermöglichen.<sup>1</sup> Dass Mädchen in musischen Fächern stärker gefördert werden, heißt noch nicht,  
41 dass dort auch immer ihr Interesse liegt.

42 Alle Personen innerhalb und außerhalb von Institutionen müssen sich deshalb darüber bewusst  
43 werden, dass und wie sie Geschlecht mitkonstruieren (doing gender) und welche Alternativen  
44 sie hierzu haben (undoing gender). Das gilt auch für unsere Arbeit im Verband.

45 Indem man also Geschlechterrollen nicht thematisiert, werden sie auch nicht kritisch hinterfragt.  
46 Nur indem sie benannt werden, können sie auch überwunden werden.

47 Auch wenn heute immer mehr Mädchen und junge Frauen höhere schulische Abschlüsse  
48 erreichen, wirkt sich das nicht auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt aus. Dort sehen sie sich  
49 immer wieder geschlechterbezogenen Zuschreibungen ausgesetzt, die sie in bestimmte  
50 frauendominierte Berufsrichtungen drängen.

51 Im Übergang von Schule zu Beruf nützt jungen Frauen ihr Bildungsvorsprung nichts, weil sie ihn  
52 nicht für bessere berufliche Perspektiven geltend machen können. Ein Grund dafür ist:

53 Junge Frauen werden immer noch viel zu oft in Berufsfelder mit Frauendominanz hineinberaten.  
54 Von den weiblichen Auszubildenden konzentrierte sich im Jahr 2006 ein Drittel auf die Berufe  
55 Bürokauffrau, Arzthelferin, Kauffrau im Einzelhandel, Zahnmedizinische Fachangestellte sowie  
56 Friseurin. Berufsfindung muss aber immer ein langfristiger Prozess sein, der nicht dazu führen  
57 darf, dass jungen Frauen bestimmte Berufe besonders nahe gelegt werden, weil ihre als  
58 natürlich weiblich angesehenen Eigenschaften dafür besonders geeignet seien. Stattdessen  
59 müssen Freiräume geschaffen werden, die es jungen Frauen ermöglichen, Einblicke in allen  
60 Berufsfeldern, also auch die männerdominierten, zu bekommen. Berufsberatung soll immer  
61 orientiert sein an den Fähigkeiten und Interessen einer Person und nicht aufgrund ihres  
62 Geschlechts schon bestimmte Berufsfelder ausblenden.

63 Wenn man die Situation von Frauen in Hochschulen betrachtet, dann zeigt sich u.a. deutlich,  
64 dass Frauen zu gleichen Anteilen einsteigen, sie auch bessere Abschlüsse machen,  
65 promovieren aber nur halb so oft wie Männer. Ihr Bildungsvorsprung, den sie in der Schule  
66 erworben haben, nützt ihnen also in der Hochschule auch nichts.

67 Der Effekt ist, dass bestehende Eliten reproduziert und asymmetrische gesellschaftliche  
68 Machtverhältnisse bestehen bleiben. Dabei bleiben Mädchen und junge Frauen im  
69 Hintertreffen. Auch wenn in vielen Bereichen eine rechtliche Gleichstellung von Mädchen und  
70 Frauen erreicht wird, ist dadurch noch nicht die im kapitalistischen System angelegte  
71 Benachteiligung vollständig aufgehoben.

72 Und weil in diesem Bildungssystem Mädchen und Jungen unterschiedlich gefördert werden,  
73 sagen wir: das ist für uns keine Bildung. Denn Bildung heißt für uns, Menschen in ihren  
74 Interessen und Fähigkeiten zu unterstützen. Die Strukturkategorie Geschlecht<sup>2</sup> darf niemandem  
75 den Zugang zu Bildung verwehren. Deshalb ist es unsere Aufgabe im Verband Kindern und  
76 Jugendlichen alternative Formen und Inhalte von Bildung vorzustellen und vorzuleben. Nur

77 indem wir unsere eigene Arbeit reflektieren, können wir Strukturen aufbrechen, in denen  
78 Mädchen und Frauen aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Gleichzeitig ist es aber  
79 auch wichtig, dass Mädchen und junge Frauen ihre Rechte kennen, um sich für ihre Interessen  
80 einsetzen zu können.

81 Außerdem bietet gerade unser Verband die Möglichkeit, Experimentierspielräume für die  
82 Auseinandersetzung mit Rollen und Entscheidungen zu ermöglichen und eben nicht  
83 Eindeutigkeiten in Bezug auf die geschlechtsbezogenen Identitäten zu verlangen (dies gilt für  
84 Mädchenarbeit aber genauso auch für Jungenarbeit). Geschlecht soll als Bewältigungsmuster  
85 zugelassen werden, Reflexion über Geschlecht aber auch angeboten werden.

### 86 **III. Arbeit**

87 Wenn wir uns mit dem Thema „Arbeit“ aus feministischer oder frauenpolitischer Sicht  
88 beschäftigen, sind zwei theoretische Hintergründe von Bedeutung. Einerseits wird über das,  
89 was ein Mensch arbeitet, sein Status in der Gesellschaft definiert und über das, was wir  
90 arbeiten, definieren wir uns selbst. Arbeit stiftet Identität. Auch die Geschlechtsidentität nährt  
91 sich zu einem großen Teil aus den Tätigkeiten, die wir ausführen, ob wir Putzfrau, Managerin,  
92 Lehrer oder Krankenpfleger sind. Gleichzeitig erfolgt aber auch die Zuweisung  
93 geschlechtsspezifischer Eigenschaften über das, was Frauen und Männer arbeiten, oder  
94 genauer: das Arbeits- oder Tätigkeitsfeld, das ihnen zugestanden wird.

95 Männliche Überlegenheit und weibliche Unterordnung sind in den Strukturen unserer  
96 Gesellschaft angelegt und gleichzeitig handeln Frauen und Männer genau nach diesem Muster.  
97

98 Das gilt auch für die Arbeitswelt, in der einerseits ständig von den angeblich „natürlichen“  
99 Eigenschaften von Frauen und Männern darauf geschlossen wird, welche Tätigkeiten sie  
100 ausführen können. Andererseits wird aber auch von den Arbeitsinhalten auf die Fähigkeiten,  
101 Neigungen und Eigenschaften von Menschen geschlossen.  
102

103 Dadurch wird die Geschlechterdifferenz als „natürlich“ wahrgenommen und auf die Arbeit  
104 übertragen und gesellschaftliche Verteilungsmuster zu Ungunsten von Frauen werden in  
105 „natürliche“ Selbstverständlichkeiten verwandelt.

106 Das Grundmuster, dass ganze Berufe nur einem Geschlecht zugeordnet werden, ist relativ  
107 unverändert, dennoch subtiler: Teilbereiche von Berufen gelten wie selbstverständlich als  
108 prestigeträchtiger und werden als Männerdomäne erhalten.

109 Die folgenden Zahlen machen die Situation von Frauen im Arbeitsleben deutlich:

110 Die Erwerbstätigenquote von Frauen in Deutschland ist ständig steigend. Von 1997 bis 2004 ist  
111 sie von 55,2% auf 58,4% gestiegen und hat damit das von der Europäischen Union festgelegte  
112 Ziel von 57% bereits übertroffen. In diesen Zahlen wird allerdings nicht sichtbar, dass sich diese  
113 Erhöhung fast ausschließlich auf Teilzeitarbeitsplätze und den Bereich geringfügiger  
114 Beschäftigung bezieht: 2003 waren 80 % aller Teilzeitbeschäftigten Frauen und der Anteil der  
115 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von Frauen ist von 2003 bis 2004 geringfügig  
116 gesunken während der Anteil von Frauen an den Mini-JobberInnen im ersten Quartal 2006 bei  
117 63,9% lag und bei den geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten sogar bei 93,5%<sup>3</sup>. Dies ist  
118 wiederum der Grund für zahlreiche Problemlagen: Niedriges Einkommen von Frauen, schlechte  
119 Aufstiegsmöglichkeiten, geringe Rentenzahlung und Altersarmut.

120 Die derzeitige Politik des Ausbaus des Niedriglohnssektors führt zu einem Verharren bzw.  
121 ansteigendem Abdrängen der weiblichen Beschäftigten in den Bereich der geringfügigen  
122 Beschäftigung, während der Anteil der Frauen an sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-  
123 beschäftigten weiter sinkt. Damit wird es insbesondere für Frauen immer schwieriger, allein  
124 durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Sie sind auf die Unterstützung durch den  
125 Partner oder Hartz IV angewiesen.

126 Noch immer bleibt Frauen der Bereich der Hausarbeit überlassen. Zeitstudien haben ergeben,  
127 dass Frauen rund 1,5 Stunden am Tag mehr als Männer für Haushaltsführung und die  
128 Betreuung der Familie verbringen und etwa 1,25 Stunden weniger für Erwerbsarbeit.<sup>4</sup> Die  
129 Möglichkeiten der Vergesellschaftung von Hausarbeit sollten im Verband diskutiert und in  
130 Betracht gezogen werden.

131 Auch die Teilzeitregelung des neuen Elterngeldes fördert nicht die partnerschaftliche  
132 Arbeitsteilung zwischen den Eltern, da es klare finanzielle Anreize gegen eine gleichzeitige  
133 Teilzeit beider setzt: Arbeiten beide Eltern mit geringerer Stundenzahl, bekommen sie statt 14  
134 Monate maximal sieben Monate lang das Elterngeld.<sup>5</sup>

135 Die bei der Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege nötigen Qualifikationen werden als natürlich  
136 weibliche angesehen. Dementsprechend üben Frauen Berufe aus, für die diese Kompetenzen  
137 nötig sind. So sind auch lange nach Abschaffung von Zugangsbeschränkungen die Hälfte aller  
138 Frauen in nur fünf von insgesamt 87 Berufsgruppen tätig: Büroberufe und Kaufmännische  
139 Angestellte, Gesundheitsdienstberufe, Verkaufspersonal, Soziale Berufe und Reinigungs- und  
140 Entsorgungsberufe.<sup>6</sup> Selten sind Frauen in handwerklichen oder technisch-naturwissen-  
141 schaftlichen Berufen vertreten. Die traditionelle Berufswahl verfestigt die Einkommenskluft: In  
142 „Männerbranchen“ wie Metall, Elektro, Chemie, Bau und Druck sind die Tarife im Schnitt  
143 deutlich besser als in von Frauen dominierten Branchen und Frauen verdienen im Schnitt 22,5  
144 % weniger als Männer, auch wenn sie die gleichen Berufe ausüben.<sup>7</sup> Dies macht auch die  
145 geringe Wertschätzung der vorwiegend von Frauen ausgeführten Dienstleistungs- und  
146 Versorgungsberufe aus, die mit ökonomischen Kriterien gemessen wird, dort, wo diese Kriterien  
147 aufgrund einer vollkommen anderen Logik dieser Berufe unangebracht sind.

148 Selbst in geschlechtsneutralen Branchen verrichten Männer und Frauen nicht die gleiche Arbeit,  
149 denn auf den oberen Hierarchieebenen sind Frauen kaum vertreten: die sogenannte „gläserne  
150 Decke“ führt dazu, dass der Anteil der Frauen in Entscheidungspositionen im Mittelstand nur  
151 11% beträgt, im öffentlichen Dienst und in Großunternehmen sogar nur etwa 5%.<sup>8</sup>

152 Trotz Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming etc. haben Frauen noch lange nicht vollen  
153 Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade in dem Bereich, der von Politik nicht  
154 geregelt ist, wird besonders deutlich, dass aus kapitalistischer Perspektive besonders vorteilhaft  
155 ist, wenn es aufgrund von Geschlecht, Klasse und ethnischer Zugehörigkeit stigmatisierte  
156 Menschen gibt. Auf diese Weise lässt sich (ökonomische) Ausbeutung in der gesellschaftlichen  
157 Diskussion und in den Bewertungsmaßstäben der Köpfe besser rechtfertigen. Das ist sicher ein  
158 Grund dafür, warum Rollenzuschreibungen weiterhin so fest in der Gesellschaft verankert und  
159 gegen Variationen resistent sind.

160 Um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken fordern wir einen Mindestlohn, der eine  
161 finanzielle Unabhängigkeit und gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht, und der  
162 direkt von den Arbeitgebenden gezahlt wird und für alle Beschäftigten gilt.

163 Besonders junge Frauen, aber auch Männer, müssen dabei unterstützt werden, ihre Berufswahl  
164 nicht von ihrer Geschlechtszuschreibung abhängig zu machen. Die Einteilung in tendenziell  
165 „weibliche“ bzw. „männliche“ Berufe kann nur dann überwunden werden, wenn auch immer  
166 mehr Männer Berufe ausüben, in denen bisher Frauen dominieren.

167 Berufsgruppen, in denen vor allem Frauen vertreten sind, müssen besser bezahlt und  
168 anerkannt werden.

169 Die Rahmenbedingungen für eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen  
170 verbessert werden:

171 Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich per Gesetz.

172 Es muss eine umfassende, qualifizierte und kostenfreie Betreuung für Kinder in allen  
173 Altersgruppen geschaffen werden.

174 Diese Maßnahmen ermöglichen es auch Alleinerziehenden, Familie und Beruf zu vereinbaren.

175 Frauen in verantwortlichen Positionen haben eine Vorbildfunktion. Entsprechend muss es  
176 Programme zur Förderung von Frauen geben.

#### 177 **IV. Migration**

178 Die Zahl der Personen, die in Deutschland Asyl beantragten, ist in den letzten Jahren rapide  
179 gesunken. Im Jahr 2006 waren es nur noch rund 21.000 Menschen, gut ein Viertel weniger als  
180 im Vorjahr. Im europäischen Rahmen ist die Zahl im gleichen Zeitraum um 21%  
181 zurückgegangen.<sup>9</sup> Die Einwanderungspolitik der deutschen Regierung und der Europäischen  
182 Union ist seit den 1990er Jahren sehr viel restriktiver geworden. In Deutschland sorgten  
183 insbesondere der Asylkompromiss von 1993 und das Zuwanderungsgesetz von 2005 für eine  
184 nachhaltige Einschränkung von politischem Asyl.<sup>10</sup> Die Abschottungspolitik versinnbildlicht sich  
185 in den Begriffen der „Festung Europa“ bzw. „Festung Deutschland“.

186 Frauen sind von dieser Politik in besonderer Weise betroffen. Für sie ist die Emigration aus  
187 (postkolonialen) Ländern mit gravierenden wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen  
188 Problemlagen häufig nicht nur mit der Hoffnung auf bessere Berufschancen verknüpft. Frauen  
189 sind oft aufgrund von sexueller Gewalt auf der Flucht. Aus dem Zuwanderungsgesetz leitet sich  
190 im Fall von geschlechtsspezifischer Verfolgung kein Anspruch auf Asyl ab. So schreibt sich die  
191 sexistische Diskriminierung in unserer Außenpolitik fort, die hierzulande so gerne aus einer  
192 kulturellen Überlegenheit heraus gegenüber Ländern der Peripherie angeprangert wird. In  
193 bundesrepublikanischen Migrations- und Integrationsdiskursen besteht daher oft die Gefahr,  
194 dass Frauenrechte für rassistische Zuschreibungen instrumentalisiert werden. Die Ausweitung  
195 und Verfeinerung der Grenzregime ist Gegenstand der G8-Verhandlungen in Heiligendamm im  
196 Juni 2007. Die Kritik, die der Verband an dem G8-Gipfel formuliert, muss  
197 geschlechtsspezifische Auswirkungen von der Abschottungspolitik reflektieren, ohne einer  
198 rassistischen Argumentation Vorschub zu leisten.

199 Einen leichteren Zugang zu einem legalen Aufenthaltsstatus haben die ImmigrantInnen mit  
200 einer besseren Berufsausbildung, was Männer aufgrund global ungleicher Bildungschancen  
201 gegenüber Frauen privilegiert. Es ist immer noch so, dass weltweit zwei Drittel der  
202 AnalphabetInnen Frauen sind und dass Mädchen häufig der Schulbesuch verwehrt wird.<sup>11</sup> Die  
203 bundesrepublikanischen Zuwanderungsdiskurse der letzten Jahre betonen nach kapitalistischer  
204 Logik besonders die effiziente Verwertung nützlicher MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt. Eine  
205 solche Politik aktualisiert koloniale Ordnungs- und Arbeitsteilungsmuster aus der Kaiserzeit, in  
206 denen die Existenz des Anderen vorrangig der westlichen Bedürfnisbefriedigung diene. Die  
207 Steuerung von Migration nach kapitalistischen Kriterien drückt sich u.a. in der Einführung der  
208 „Green Card“ in Deutschland im Jahr 2000 aus, die auf die Anwerbung von IT-Fachkräften  
209 zielte.

210 Die Selektion nach außen hängt eng mit einer internen Praxis von Integrationskontrollen  
211 zusammen. Ein Beispiel dafür sind die Integrationstests, die Anfang 2006 in mehreren  
212 Bundesländern eingeführt wurden und bundesweit Modellcharakter erhalten sollen. Der  
213 bundesrepublikanische Migrationsdiskurs der vergangenen Jahre formuliert mit den  
214 Schlagworten wie Parallelgesellschaft, Ehrenmorde, Zwangsheirat und Kopftuch eine Art  
215 Generalverdacht, vorzugsweise gegen muslimische MigrantInnen. Demgegenüber werden die  
216 deutsche Leitkultur als Maßstab von Demokratie, Kultur und Toleranz herangezogen und  
217 Einbürgerungstests vorgenommen, um politische Loyalität und kulturelle Vorherrschaft sicher zu  
218 stellen. Eine Thematisierung von strukturellem Rassismus, institutioneller Diskriminierung und  
219 sozio-kultureller Ausgrenzung findet hingegen im offiziellen Integrationsdiskurs nicht statt,  
220 obwohl verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen und zivilgesellschaftlichen  
221 Bewegungen Brisanz und Handlungsbedarf betonen. Die Ergebnisse der PISA-Studien von der  
222 OECD zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund die selektiven Mechanismen des  
223 deutschen Bildungssystems (z.B. die frühe Gliederung in Haupt-, Realschule und Gymnasium)  
224 häufig als Instrument der sozialen Ausgrenzung erfahren. Der Zugang Asylsuchender zu der  
225 politischen Bildungsarbeit des Verbands wird ebenfalls durch institutionelle Diskriminierung

226 erschwert. Weil die Bewegungsfreiheit von Menschen mit diesem Status auf den Landkreis  
227 beschränkt ist, ist es deren Nachkommen auf legalem Weg nur unter erheblichem Aufwand  
228 möglich, an überregionalen Maßnahmen teilzunehmen. In der Diskussion des Verbands über  
229 die Öffnung für migrantische Zielgruppen müssen solche Einschränkungen thematisiert werden.

### 230 **Deswegen fordern wir:**

231 Die Auseinandersetzung um patriarchale Strukturen in der kapitalistischen Gesellschaft muss  
232 permanent geführt werden, um erreichte Positionen zu verteidigen und neue zu gewinnen. Der  
233 sozialistische Kinder- und Jugendverband ist ein Teil dieser Gesellschaft und muss sich immer  
234 wieder mit den bestehenden Verhältnissen auseinandersetzen um diese kritisieren zu können.

235 Bestehende Ungleichheiten aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit können nur bekämpft  
236 werden, wenn auch das Bewusstsein für bestehende Benachteiligungen gestärkt wird. Die  
237 Handreichungen der Feminismuskampagne sollen auf solche Strukturen aufmerksam machen  
238 und Anregung zur Auseinandersetzung bieten. Darüber hinaus soll die Feminismuskampagne  
239 in Form eines Aktionsplans weiterentwickelt werden.

240 Bei 100 Jahre IUSY werden wir uns mit frauenpolitischen Themen im Kontext der 100jährigen  
241 Geschichte der Internationalen ArbeiterInnenjugendbewegung auseinandersetzen. Gemeinsam  
242 mit interessierten Frauen aus dem Verband und Genossinnen aus Schwesterorganisationen  
243 werden wir die Feierlichkeiten inhaltlich mitgestalten.

244 Ein anderes wichtiges Ziel unserer Arbeit ist, Mädchen und Frauen zu stärken, damit sie  
245 gleichermaßen an Entscheidungen und Gestaltungsmöglichkeiten wie Jungen und Männer im  
246 Verband teilhaben. Daher soll das Mentoring-Projekt fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll  
247 die Vernetzung von Frauen im Verband gestärkt werden, wobei Veranstaltungen wie das  
248 Ringtreffen und die Bundesfrauenkonferenz dazu genutzt werden sollen.

249 Auch bei unseren eigenen Bildungsveranstaltungen müssen wir dafür sensibel sein, dass  
250 Geschlecht und Geschlechtsidentität eine Rolle spielen und reflektiert werden müssen. Daher  
251 fordern wir auf, dies auch in existierenden bundesweiten Maßnahmen wie Ringtreffen oder  
252 SekretärInnen-Tagung zu berücksichtigen und bewusst zum Thema zu machen.

253 Wir Falken müssen uns langfristig deutlicher interkulturell öffnen, um allen Teilen unserer  
254 Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in das Verbandsleben einzubringen (Bsp.  
255 Ausschreibungen in verschiedenen Sprachen, Haupt- und Ehrenamtliche mit  
256 Migrationshintergrund).

257 Es muss im Verband einen Rahmen geben, die Situation von Migrantinnen und Migrantinnen zu  
258 reflektieren (Bsp. Bildungsveranstaltungen, Kontakte zu Asylbewerberinnen). Wir können keine  
259 ehrenamtliche Sozialarbeit leisten und wollen den Staat nicht von seinen Pflichten befreien.  
260 Doch wollen wir deutlicher junge Menschen mit migrantischer Biografie in unseren Verband  
261 einbinden.

262 Es ist wichtig, dass wir uns für interkulturelle Projekte stark machen und gerade die Mädchen  
263 und Frauen fördern, die oft durch ihre Herkunft doppelt stigmatisiert sind. Deshalb soll ihnen ein  
264 geschützter Rückzugsraum zur Verfügung stehen.

265 Das Material der Feminismuskampagne soll in verschiedenen Sprachen übersetzt werden, um  
266 allen die Möglichkeit zu geben, unsere Anliegen zu verstehen und zu unterstützen. Integration  
267 betrifft uns alle.

268 Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, in der kein Mensch aufgrund sozialer Klasse,  
269 Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder sexueller Orientierung benachteiligt wird. Deshalb  
270 treten wir vehement gegen jegliche Form von Diskriminierung, Unterdrückung und  
271 Benachteiligung inner- wie außerhalb des Verbandes ein. Mädchen- und Frauenpolitik ist und  
272 bleibt daher ein zentraler und dauerhafter Bestandteil unserer Verbandsarbeit.

- 
- <sup>1</sup> Vgl.: Stauber, Barbara; Kaschuba, Gerrit: Ein feministischer Blick auf den aktuellen Bildungsdiskurs. In: Mädchenpolitisches Forum. Rundbrief der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik in Hessen. 1/2006.
- <sup>2</sup> Strukturkategorie Geschlecht meint, dass alle gesellschaftlichen Strukturen, wie z.B. das Bildungssystem, in einer bestimmten Weise davon geprägt sind, dass alle in zwei Geschlechter aufgeteilt sind.
- <sup>3</sup> Rudolph, C. (2006): Bewegung oder Stagnation? Feministischer Blick auf Hartz IV. In: Forum Wissenschaft, Bd. 29 (3), 2006
- <sup>4</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung 2001/02, Bonn.
- <sup>5</sup> Bothfeld, S. (2006): Das Elterngeld – Anmerkungen zum Unbehagen mit der Neuregelung. In: femina politica 2/2006.
- <sup>6</sup> Böcklerimpuls 6/2005
- <sup>7</sup> Böcklerimpuls 13/2006
- <sup>8</sup> Funken, C. (2005): Glass Ceiling – Fakt oder Fiktion
- <sup>9</sup> Pressemitteilung des Bundesministerium des Inneren vom 9.1.2007 mit dem Titel: „Zugang von Asylbewerbern im Jahr 2006 nochmals gesunken“
- <sup>10</sup> Der Asylkompromiss sieht vor, dass Personen, die aus einem „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen, nicht mehr auf das Grundrecht au Asyl berufen können. Werden sie an der Grenze aufgegriffen, können die MigrantInnen sofort zurückgeschickt werden. Das Zuwanderungsgesetz enthält als wesentliche Neuerung des Ausländergesetzes die Pflicht, dass Personen aus Nicht-EU-Staaten Integrationskurse besuchen müssen, die zu einem großen Teil aus einem Deutsch-Sprachkurs bestehen.
- <sup>11</sup> Le Monde Diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung, 1. Auflage 2003